

MEDIENKONFERENZ VOM 13. MAI 2019

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

Deregulierte Arbeit ist ein grosses Risiko für die Arbeitswelt

Das Phänomen der Temporärarbeit, das der SGB in seiner umfassenden und präzisen Studie heute vorstellt, hat nicht nur eine wirtschaftliche Dimension. Denn es geht in erster Linie um Männer und Frauen, die arbeiten und davon anständig leben wollen. Es sind Menschen, wie alle anderen Arbeitnehmenden auch, mit denselben Erwartungen und demselben Recht, von uns vertreten und verteidigt zu werden.

Mit dieser Grundüberzeugung greifen wir Gewerkschaften bei diesem Thema ein. Wir verteidigen nicht einfach ein Arbeitsrecht, das für die Einen ein gewisses Mass an wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit garantiert während wir bei anderen gleichzeitig schlechtere Bedingungen akzeptieren. Ob Migrantinnen, Uber-Taxifahrer oder Temporärangestellte: allen Arbeitnehmenden müssen die gleichen sozialen Rechte gewährt werden und sie müssen für die gleiche Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn erhalten.

Deshalb haben die Gewerkschaften Temporär-Angestellte organisiert und 2012 den allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag Personalverleih erkämpft. Wie wir in der Studie zeigen, brachte dieser entscheidende Schritt grosse Fortschritte, sowohl bei den Lohngarantien als auch bei der Arbeitssicherheit.

Doch weitere Fortschritte müssen erzielt werden. Das Prinzip «gleicher Lohn wie die Festangestellten» ist noch nicht garantiert und die Temporärarbeit bleibt ein Faktor für Lohndruck. Mit der Personenfreizügigkeit können Temporärbüros auch Kurzaufenthalter und mehr GrenzgängerInnen verleihen. Auf diese Ausweitung des Rekrutierungspotenzials und damit des Arbeitsmarktes, gibt es nur eine effiziente Antwort, die auch mit unserem Verhältnis zur EU kompatibel ist: Wir müssen das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort» auch bei der Temporärarbeit fix verankern und strikte durchsetzen. Missbräuche müssen bekämpft werden, so wie es bei der Einführung der Personenfreizügigkeit und der Flankierenden Massnahmen versprochen wurde.

Dieses Grundprinzip erlaubt es, den weiteren Vormarsch dieser Arbeitsform, die die Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmenden hinter sich lassen möchte, zu stoppen. Dieses Prinzip ermöglicht auch, die Festangestellten vor dem Druck auf ihre Löhne und Arbeitsbedingungen zu schützen, der durch jede Gelegenheit entsteht, Regeln und Usancen in unserem Land zu umgehen.

Wir befürworten auch quantitative Beschränkungen der Temporärarbeit, sei es im Rahmen von Gesamtarbeitsverträgen, sei es im kantonalen oder eidgenössischen Beschaffungsrecht.

Es braucht diese Fortschritte, um diesem wirtschaftlichen und sozialen Phänomen Leitplanken zu setzen: Temporärarbeit muss von den Betroffenen aus freien Stücken gewählt werden und darf die allgemeinen Arbeitsbedingungen nicht verschlechtern.

Die Schweiz schaut auf Monate mit neuen und beunruhigenden Entwicklungen zurück. In einer Phase des robusten Aufschwungs und tiefer Arbeitslosigkeit sind in der Schweiz die Reallöhne dennoch im Schnitt gesunken. Diese Feststellung steht im Widerspruch zum klassischen Prinzip von Angebot und Nachfrage, das gemäss der vorherrschenden Meinung angemessene Antworten zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt liefern sollte. Wenn die Reallöhne in einer solchen Wirtschaftsphase, in der die Löhne logischerweise eigentlich steigen müssten, sinken, stimmt etwas nicht in diesem Markt. Es ist als müssten sich die Arbeitnehmenden fortan sagen: Wir verlieren so oder so

...

In einer Demokratie und umso mehr in einer direkten Demokratie führt das zu folgendem Problem: Wie hoch sind die Chancen, dass die Stimmberechtigten eine Wirtschaftspolitik unterstützen, bei der sich ihre materielle Lage verschlechtert, obwohl alle makroökonomischen Signale positiv sind? Ihre Lage verschlechtert sich umso mehr, als das verfügbare Einkommen, also was nach Abzug der Fixkosten übrigbleibt, wegen den steigenden Krankenkassenprämien tendenziell noch stärker sinkt als der Nettolohn.

Die ungenügende Regulierung der Temporärarbeit ist einer der Gründe für diese neue und beunruhigende Situation. Deshalb verlangen wir vom Staat und der Wirtschaft, dass sie zusammen mit den Gewerkschaften für eine rasche Stärkung der Regulierung sorgen.